



Bodenseeerklärung

Die Vertreterinnen und Vertreter der IG Metall Verwaltungsstellen Friedrichshafen-Oberschwaben und Singen haben sich auf ihrer gemeinsamen Delegiertenversammlung am 16. November 2013 in Friedrichshafen auf folgende Schwerpunkte für das Jahr 2014 verständigt:

Grundlage der Arbeit in den Betrieben beider Verwaltungsstellen ist der Auftrag, der durch die Beschäftigtenbefragung der IG Metall gegeben wurde!

Dabei hat sich zentral alles um die Vorstellung der Beschäftigten zu – Guter Arbeit und ihrem Verständnis über Gute Arbeit – gedreht.

- (1) Über 90 % der Befragten verbinden Gute Arbeit mit einem sicheren und ausreichenden Einkommen. Dass dieser Wunsch bei vielen Beschäftigten nicht realisiert werden kann, hängt mit der Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen und Mini- und Midi-Jobs zusammen.
- (2) Flexibilität, vor allen Dingen zeitliche Flexibilität, wird von der übergroßen Mehrheit der Befragten akzeptiert. Als Ausgleich für Flexibilität müssen jedoch planbare Arbeitszeiten mit persönlicher Zeitsouveränität und Zusagen zur Beschäftigungssicherung vereinbart werden.
- (3) Weiterbildung spielt im beruflichen Leben der Menschen eine große Rolle. Allerdings haben Beschäftigte, insbesondere in taktgebundenen Systemen, hierfür oft keine Zeit bzw. kein Geld. Deswegen sieht es die IG Metall am See als ihre Aufgabe an, auf der betrieblichen, aber auch auf der tarifpolitischen Ebene, Qualifizierungsmaßnahmen in Teilzeit mit entgeltmäßiger Aufstockung durch den Arbeitgeber, Weiterbildung für alle und nicht nur für die höheren Entgeltgruppen sowie altersgemischte Teams, die den Wissenstransfer zwischen Alt und Jung organisieren können, durchzusetzen.
- (4) Gesund und leistungsfähig die Rente zu erleben, ist angesichts der Rente mit 67 ein fast zu 100 % geäußertes Wunsch in der Beschäftigtenbefragung. Deswegen stehen flexible Altersausstiegsmodelle, alters- und alternsgerechte Arbeitszeitmodelle mit verkürzten Nachtschichten bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hoch im Kurs. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge wird angesichts von Rentenkürzungen immer bedeutungsvoller.
- (5) Bezüglich der Vereinbarkeit zwischen Arbeit- und Privatleben wird bei einer Vielzahl der Befragten eine kurze Vollzeit, d. h. eine Arbeitswoche zwischen 28 und 30 Stunden unabhängig vom Geschlecht, gefordert. Die Betriebe sollen garantieren, dass Beschäftigte mit kurzer Vollzeit Rückkehrrechte in Vollzeit haben. Arbeitszeitmodelle mit hoher Zeitsouveränität, kein Verfall von Arbeitszeit und Planbarkeit der Arbeitszeit spielen bei der Vereinbarkeit eine große Rolle.

Eine klare Absage erteilen die Beschäftigten dem Betreuungsgeld und fordern den Ausbau von Kindertagesstätten mit entsprechenden Fachkräften zur qualifizierten Betreuung der Kinder.

An die Politik gerichtet, bekräftigen die Delegierten auch weiterhin ihre Absage an die Rente mit 67 und fordern mit 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen, ohne an das Alter 65 gebunden zu sein. Des Weiteren muss es eine Verbesserung der Erwerbsunfähigkeitsrente geben und der finanzielle Ausbau der sozialen Sicherungssysteme.

An die Landesregierung gerichtet fordern die Delegierten ein Bildungsfreistellungsgesetz.

Mit starken Betriebsräten und der Unterstützung der Beschäftigten wird die IG Metall Beteiligung organisieren und Mitbestimmung auf allen Ebenen qualifiziert ausüben. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die Betriebsratswahlen 2014.

Friedrichshafen, 16. November 2013